

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen.

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.

Bezugspreis monatlich 2.— Mk., durch die Post vierteljährlich 6.— Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Auringen, Bierstadt, Breckenheim, Dellenheim, Diedenbergen, Erbenheim, Hefloch, Kloppenheim, Massenheim, Modenbach, Nauod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige Zeile oder deren Raum 50 Pfg. Reklamen und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro Zeile mit 1,50 Mk. berechnet. Eingetragen — in der Postzeitungsliste unter 1110 a. —

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag: Heinrich Schulze, Bierstadt.

Nr. 128.

Dienstag den 2. November 1920.

20. Jahrgang.

Chronik des Tages.

Was jedermann wissen muß.

Die Interalliierte Luftüberwachungskommission fordert in einer Note, daß deutsche Flugzeuge nur noch im Inlande Flüge unternehmen dürfen.

Die französische Militärmission hat bei der Reichsregierung Einspruch gegen die bewaffneten Selbstschutzorganisationen, insbesondere die bayerischen Einwohnerwehren, erhoben.

Die deutsche Regierung hat in Paris eine Note mit einer Denkschrift über die Dieselmotoren übergeben.

Im Reichstage wurde am Sonnabend die allgemeine politische Aussprache fortgesetzt.

Bei der Verfassungsberatung im Preussenparlament wurde die Bildung eines Staatsrates gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Der Verzicht Englands.

Die erste Vertragsrevision vor der Votschastkonferenz.

Der Verzicht der englischen Regierung auf die wirtschaftlichen Strafmaßnahmen, zu denen sie auf Grund des Friedensvertrages bei Nichterfüllung der Bedingungen durch Deutschland berechtigt ist, hat in Frankreich wie eine Bombe gewirkt. Zunächst empfindet man es in Paris äußerst unangenehm, daß Deutschland zuerst von dem getroffenen Entschluß benachrichtigt wurde und England einige Tage verstreichen ließ, ehe es Frankreich überhaupt davon in Kenntnis setzte. Die französische Regierung hätte niemals die Aufschaltung der Vergeltungsmaßnahmen des Versailler Vertrages zugestanden. Sie waren das einzige Druckmittel gegenüber Deutschland, denn — der „Petit Parisien“ gibt es jetzt offen zu — militärischen Strafmaßnahmen gegenüber haben sich die englischen und amerikanischen Verbündeten immer feindselig gezeigt. Jetzt steht die französische Regierung vor der vollendeten Tatsache, auch die wirtschaftlichen Strafbestimmungen sind jetzt illusorisch, nachdem einer der Alliierten ausdrücklich auf ihre Anwendung verzichtet hat.

Daß Frankreich sein Recht verteidigen.

Die Pariser Presse bestätigt, daß Frankreich den englischen Verzicht auf Beschlagnahme deutschen Eigentums auf der Votschastkonferenz zur Sprache bringen wird. Wahrscheinlich wird die französische Regierung gleichzeitig auch eine Note an das Londoner Kabinett richten. Nach „Journal des Debats“ wird der Votschasterrat zu prüfen haben, ob der Schritt der britischen Regierung rechtlich begründet sei, und er werde auch die Folge der Entscheidung, indem er sie in dem allgemeinen Rahmen des Friedensvertrages und in das durch den Friedensvertrag vorgesehene System der Vergeltungsmaßnahmen stelle, abwägen haben.

Auf Vorstellung der englischen Industrie...

Der gut unterrichtete Londoner „Evening Standard“ wendet sich gegen die Komzentare, die die französische Presse an die Nachricht von dem englischen Verzicht auf Beschlagnahme deutschen Eigentums geknüpft hat und betont, die englische Regierung habe bereits im Dezember vorigen Jahres Vorschläge gemacht, daß deutsche Eigentumsrechte, die nach Übernahme der Handelsbeziehungen erworben seien, der Beschlagnahme nicht unterlägen. Die neueste Aufschaltung der englischen Regierung gehe noch weiter, daß sie hauptsächlich auf die immer dringender werdenden Vorstellungen der englischen Interessentenkreise zurückzuführen. Daß diese Bestimmungen des Versailler Vertrages, soweit sie sich auf England bezögen, aufgehoben worden seien, sei hauptsächlich geschehen,

um die Mäher des englischen Handels zu lösen.

Das Blatt fügt hinzu, einsichtige Persönlichkeiten des französischen Handels würden es gerne sehen, wenn die französische Regierung in dieser Beziehung dem Beispiele Englands folgen würde, der ein Schritt vorwärts auf dem Wege der Wiederherstellung normaler Wirtschaftsbeziehungen in Europa sei.

Englands Schritt zwingt zur Nachahmung.

Dieselbe Ansicht wird übrigens auch in der französischen Presse geäußert. So schreibt der „Petit Parisien“, daß die Alliierten jetzt vor der Notwendigkeit ständen, das englische Vorgehen nachzuahmen, wenn sie nicht haben wollten, daß der Handel zwischen Deutschland und England vollkommen beherrscht wird und daß ihre Flotte leer aus den englischen Häfen heimkehrt, während die englischen Schiffe sich der deutschen Ware bemächtigen.

Wir Deutschen können es nur begreifen, wenn außer England auch die übrigen Entente-Länder sich zu dem Entschluß durchringen, mit uns wieder in wirtschaftliche Verbindung zu treten. Besonders Frankreich würde gut daran tun, die Politik des Hasses und die Drohungen endlich fallen zu lassen und bei der Wahrung geschäftlicher Interessen anzuhängen.

Die Dieselmotoren.

Die Denkschrift der deutschen Regierung.

Die deutsche Regierung hat am Freitag in Paris eine Note und eine Denkschrift über die Frage der Dieselmotoren überreichen lassen. Die umfangreiche Denkschrift setzt in erster Linie auseinander, weshalb die Forderung der Zerstörung der Dieselmotoren deutscherseits als im völligen Widerspruch mit dem Friedensvertrag, besonders dem Paragraphen 189, angesehen wird. Sie beschäftigt sich sodann mit den einschneidenden wirtschaftlichen Folgen, die die Zerstörung für Deutschland haben würde.

Der Artikel des Friedensvertrages spricht nur davon, daß die U-Boote, soweit sie nicht ausgeliefert würden, abzubauen seien. Artikel 189 setzt andererseits ausdrücklich fest, daß die aus dem Abruch der deutschen Kriegsschiffe und U-Boote stammenden Materialien zu rein industriellen und Handelszwecken Verwendung finden dürfen.

Die Denkschrift führt weiter aus, daß der schnelllaufende Dieselmotor keine für Kriegszwecke geeignete und geeignete Maschine sei. Leichtfertigkeit und Raummersparnis seien seine Hauptzwecke bei großer Leistungsfähigkeit, die die Häufigkeit seiner industriellen Verwendung erklärt. Es wird weiter ein Überblick über die Art des Gebrauchs der Dieselmotoren in Deutschland gegeben und an Hand von einzelnen Beispielen aus der Industrie dargelegt, daß eine Erleichterung bei Zerstörung dieser Maschine sehr häufig nicht möglich sei. Es wird weiter darauf hingewiesen, daß die Zerstörung der Dieselmotoren der Vahmlegung ganzer Industrien gleichkomme und weitere einschneidende Einschränkungen der deutschen Produktionskraft bedeuten würde. Zugleich würden Tausende von Arbeitern brotlos gemacht und zu untätigem Leben verurteilt werden, was die Lasten und Gefahren für Deutschland unermesslich vermehren würde.

Wie die „Voss. Ztg.“ aus Paris erfährt, hat die Votschastkonferenz eine Kommission beauftragt, den Antrag der unter englischer Vorherrschaft stehenden interalliierten Marinemission in Berlin auf Zerstörung der Dieselmotoren zu prüfen und der Konferenz Bericht zu erstatten. Der Bericht dieser Kommission liegt noch nicht vor.

In diesem Zusammenhang ist es angebracht, auf den tieferen Grund der Ententeforderung einzugehen. Das größte Interesse an der Zerstörung der deutschen Dieselmotoren hat zweifellos England, das in der deutschen Motorenindustrie eine große Gefahr für seine Kohlenindustrie erblickt. Auf den deutschen Werften sind augenblicklich große Tankschiffe in Auftrag gegeben, die in erster Linie zum Transport von Kohöl, Benzin usw. bestimmt sind. Diese Schiffe werden fast ausnahmslos mit Dieselmotoren ausgestattet, die sich aus verschiedenen Gründen gerade für diese Art Dampfer besonders eignen. Einmal nehmen sie nur einen kleinen Raum in Anspruch, ferner kann der Brennstoff für die Dieselmotoren unmittelbar der Ladung entnommen werden. Dadurch wird eine Menge Frachtraum frei, während bei den Schiffen mit Kohlenfeuerung die großen Kesselanlagen sowie die Vorratsräume für die Bunkerkohle einen großen Teil des Frachtraumes einnehmen. Nun ist Deutschland allein übrigen Ländern in der Herstellung und der technisch-praktischen Ausprobung der Dieselmotoren weit überlegen. Es würde voraussichtlich in kürzester Frist eine ganze Anzahl von Tankschiffen fertigstellen und in den Dienst des Kohöltransportes stellen können, und zwar würde es in der Lage sein, nicht nur den Kohölbedarf des Inlandes zu decken, sondern könnte auch die übrigen Staaten beliefern und damit — und das ist der springende Punkt — allmählich die europäischen Länder von den englischen Kohlenlieferungen unabhängig zu machen. England würde große Absatzgebiete für seine Ausfuhrkohle verlieren und damit in seinem Lebensnerv getroffen werden.

Diese Gefahr glauben die Engländer am besten und gründlichsten durch die Zerstörung der Dieselmotoren zu beseitigen. Die Entfernung der Dieselmotoren aus den bereits gebauten Tankschiffen sowie die Einrichtung der Schiffe auf Kohlenfeuerung würde, so haben die Engländer mit ihrem kalten Ueberlegungsstinn berechnet, so viel Zeit in Anspruch nehmen, daß die unbedeutende deutsche Konkurrenz auf die Jahre hinaus ausgeschaltet wäre. Der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte wäre vereitelt. Das ist der wahre Grund des Dieselmotors, das ein Hauptschlag gegen das deutsche Wirtschaftsleben werden sollte. Der einmütige Widerstand des deutschen Volkes, der Industrie und der Arbeiterschaft, der Landwirtschaft und des Handels, wird jedoch dieses Attentat rechtzeitig zu verhindern wissen.

Dr. Simons im Reichstag.

— Berlin, 29. Oktober 1920.

Dritter Tag der politischen Aussprache.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst kleine Anfragen. Der Heimtransport der in Sibirien befindlichen deutschen Kriegsgefangenen ist in vollem Gange. Man rechnet damit, daß der größte Teil der Gefangenen vor Beginn des Winters abtransportiert wird. — Gegen die Beschlagnahme deutschen Adergelandes zur Errichtung von Flugzeughallen für die französischen Besatzungstruppen im Rheinland hat die deutsche Regierung vergeblich protestiert.

In der großen politischen Aussprache erhält dann das Wort Reichsaussenminister.

Dr. Simons:

Der Standpunkt des Grafen Westarp, der Friedensvertrag sei erschlichen und bestehe daher nicht für uns, kann von der Regierung nicht geteilt werden. Wir müssen die einmal übernommenen Verpflichtungen als international verbindlich ansehen und so weit wie möglich ausführen. Die vielerörterte angebliche Forderung von 810 000 Mark ist zunächst nur die Feststellung der angemeldeten Schäden. Die Forderung als solche müßte auch von der deutschen Regierung anerkannt werden. Die Zerstörung von Kriegsmaterial, zu der wir verpflichtet sind, darf nur von der deutschen Regierung selbst veranlaßt werden. Hierhin gehört auch die Forderung nach

Zerstörung der Dieselmotoren.

Auf einen förmlichen Protest der deutschen Regierung ist die Anordnung, die Motoren zu zerstören, bis zur Entscheidung durch die Votschastkonferenz hinausgeschoben worden. Die Zerstörung wäre vom wirtschaftlichen Standpunkt geradezu widersinnig. Der Wert dieser Motoren beträgt mindestens 1½ Milliarden und ebenso viel würden die Kosten für die Wiederherstellung betragen. Ein Ersatz der zerstörten Maschinen ist unmöglich; zahlreiche Betriebe müßten eingestellt werden. Auch das Kohlenabkommen von Spa würde unausführbar werden, da wir alle Kraftquellen anwenden müßten, wenn wir unseren Verpflichtungen nachkommen wollen. (Heftige Zustimmung.) Erfreulich ist, daß England an dem Vorgesprochenen der

Senfer Konferenz

festhält aus dem Gedanken heraus, daß das Problem der Wiedergutmachung nur durch mündliche Besprechung zu lösen ist. Im Interesse der deutschen Finanzwirtschaft muß gefordert werden, daß wir in der Wiedergutmachung zu einer schnellen Verständigung gelangen. (Sehr richtig.) Unerhört ist unsere finanzielle Belastung durch die Besatzungstruppen. (Sehr richtig.) Einen Antrag auf Aufnahme in den Bölkerbund zu stellen, würde der deutschen öffentlichen Meinung nicht entsprechen. Ein schwieriges Kapitel unserer auswärtigen Politik ist Polen. In Pa-

ris werden jetzt über Danzig die Würfel fallen. Daß Danzig nicht mehr deutsches Land wird, ist sicher. Danzig ist aber durch und durch deutsch. Hier kann man sagen: Wenn die Menschen schweigen, werden die Steine reden! (Heft. Bravo!) Ganz Europa ist daran interessiert, was aus der überschüssigen Kohle wird. Eine Abstimmung ist eigentlich unnötig, das Land gehört zu Deutschland.

Abg. Stresemann (D. Sp.) befaßt sich in der Hauptsache mit der Sozialisierungsfrage. Er sucht neue praktische Lösung der Streitfragen in der Kapitalbeteiligung der Arbeiter. Auf diese Weise ist die Möglichkeit gegeben, auch die Frage der Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung zu lösen. Die Vertreter unserer Industrie wünschen eine solche Kapitalbeteiligung. 140 000 Arbeiter, von denen jeder 1000 Mark anlegt, ergeben eine Kapitalbeteiligung von 140 Millionen Mark. Das ist ein ganz gewaltiger Einfluß der Arbeiter im Werke selbst. Damit wäre die Gewähr einer Produktionsförderung gegeben. Wir begrüßen die Erklärung des Reichsministers, daß das Wesen für Überschüssen kein Präzedenzfall für andere Reichsgebiete ist. Wir wollen keine Auflösung Preussens. Den Geist der Revision des Friedensvertrages müssen wir mit allen Mitteln fördern. Dann werden wir einer geordneten Zukunft entgegengehen. (Beifall.)

Abg. Crispian (Rechts-L. Soz.) Die Rede des Reichsanzlers war eine Bankrotterklärung. Die Stilllegung der Hochöfen ist eine Vorbereitung zum Kampf gegen die Arbeiter, die sozialisieren wollen. Die Sozialisierung ist eine Machfrage. Was an uns liegt, wollen wir aufbringen für diesen Kampf, der nur der erste Schritt zu unserem Endziel ist, der politischen Macht der Arbeiterschaft.

Nach Crispian spricht noch in siebenter Abendrunde der belandte Führer der Bayerischen Sozialpartei Dr. Heim, der sich mit scharfen Worten gegen die Ausföhrungen seines Vorredners wendet. Am Sonnabend wird die zweite Rednergarnitur zu Worte kommen.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 30. Oktober

Das Recht auf Revision.

Erst am vierten Tage der politischen Aussprache kommt heute der Redner der Demokratischen Partei, Reichsminister a. D. Schiffer, an die Reihe. Er benutzt die Gelegenheit, um immer wieder nachdrückliche Verwarnung gegen den Verfall der Verträge einzulegen. Das Unrecht, das in ihm verkörpert ist, muß immer wieder gekennzeichnet werden. Daß Wilson nicht an seinen vierzehn Punkten festgehalten hat, ist ein Verbrechen an der ganzen Welt gewesen. Wir haben ein urkundliches Recht auf die Abrüstung der Alliierten. Auch auf die Revision des Vertrages haben wir ein moralisches, wie urkundliches Recht. Der Völkerverbund ist zum Gespött der Welt geworden. Der Redner richtet an die Regierung die Bitte, das Gesetz über Ober- und Untertanen zu beschleunigen. Zu erwägen ist eine Gewinnbeteiligung der Arbeiter am Kohlenbergbau. An die Prüfung der Sozialisierungsorschläge werden wir von dem Gesichtspunkte aus herantreten, daß die freie Initiative nicht vernichtet wird. Nur bei einer Förderung der Produktion ist der Wirtschaftstag wirklich eine Errungenschaft. Allgemeiner Preisabbau und damit Vorkauf kann erst einsetzen, wenn genügend Güter erzeugt werden. Auf die Mitarbeit der Sozialdemokratie haben wir immer Wert gelegt. Von der Regierung verlangen wir, daß sie tatsächlich regiert. Die Regierung ist nicht der Bediente des Parlaments. Sie hat nach ihrer Überzeugung zu handeln. Unser Vertrauen muß sie zur Erfüllung ihrer schweren Aufgabe fähig machen.

Abg. Dämmig (H. Soz. links): Auch wir werden alles tun, um den Versailler Vertrag unwirksam zu machen. Die Streiks in England und Frankreich sind Sturmzeichen. Wir sind Verfechter eines Systems, das mit dem ganzen parlamentarischen Plunder aufräumen will. (Beifall bei den H. Soz.)

Die Grenzüberreitungen nach Italien.

Nach Dämmig kommt mit dem früheren Reichskanzler Hermann Müller (Soz.) die zweite Rednergarnitur an die Reihe. Er bringt wenig Neues. Wie alle seine Vorredner ist er der Ansicht, daß eine Revision des Friedensvertrages kommen müsse; wir müssen aber — so fügt er hinzu — auch über die Wiederherstellung hinaus wieder gutmachen. Der Redner kommt dann auf die Vorgänge an der ostpreussischen Grenze zu sprechen: „Die Fälle der Grenzüberreitungen durch bewaffnete Haufen nach Italien mehren sich in auffälliger Weise, wie mir das vorliegende nichtöffentliche Material beweist. (Zuruf rechts: Ist das Material für die Entente? — Unruhe links.) Warum wird die Reichswehr nicht zum Grenzschutz zwecks Verhinderung derartiger Ueberschreitungen herangezogen?“

Reichswehrminister Geisler: Ueberschreitungen bewaffneter Haufen mit einer derartigen Ausrichtung wären unerhört, besonders, wenn die zuständigen Behörden nichts davon gemerkt hätten. Mir ist amtlich mitgeteilt worden, daß diese Nachrichten aber übertrieben sind. (Zuruf links: Hört! hört!) Wenn irgendwo Bedenken bestehen, soll sofort die militärische Grenzperre verhängt werden. Wir haben dabei mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, weil wir in ganz Ostpreußen nur 14 000 Mann haben. Darauf wird die Verhandlung abgebrochen. Der Etat geht an den Haushaltsausschuß. Die politische Aussprache soll aber in der nächsten Woche fortgesetzt werden.

Donnerstag 3 Uhr: Weiterberatung.

Preuß. Landesversammlung.

— Berlin, 29. Oktober 1920.

Die preussische Verfassung.

Nach Abschluß der allgemeinen Aussprache tritt das Haus heute in die Einzelberatung des Verfassungsentwurfes ein. Der grundlegende Paragraph lautet in folgender Fassung zur Annahme: Preußen ist eine Republik und Glied des Deutschen Reiches. Die nach der Reichsverfassung erforderliche Zustimmung Preußens zu Gebietsänderungen erfolgt durch Gesetz.

Der Herr von Zimmer Nr. 19.

Kriminalroman von Walter Brand.

50]

(Nachdruck verboten.)

Und das seltsame Zusammentreffen: Fast in derselben Stunde, in welcher Dr. Heller angekommen war, hatte Baron Hellberg die Stadt verlassen. Klara Brandt preßte die Hände gegen die Stirn. War sie das Opfer einer bodenlosen Täuschung geworden, war sie einer ungeheuerlichen Verstellung, einer verbrecherischen Masquerade sondergleichen auf die Spur gekommen?

Waron Baron von Hellberg und Dr. Bernhard Heller ein und dieselbe Person und verberg sich unter dieser Person ein in allen Listen, Kniffen und Pfiffen, Mäusen und Schlingen, sowie in den feinsten und tadellosesten gesellschaftlichen Formen erfahrener internationaler Hochstapler, der überall war, wo es Beute für ihn gab, und nirgends, wo ihn die Polizei sicher zu treffen hoffte? Die Dr. Bernhard Heller seine Telegramme an sie vom Rhein her durch einen Spießgesellen absenden, während er als Baron von Hellberg in der „Eisernen Krone“ wohnte?

Wenn es sich so verhielt, dann war es allerdings erklärlich, daß der als stets liebenswürdig bekannte Baron von Hellberg gerade gegen sie so brüsk und unfreundlich war. Er kannte ihre scharfen Augen und wußte, wie leicht er Gefahr lief, sich vor ihr eine Blöße zu geben und sich zu verraten, dann war es begreiflich, daß er in Born geriet und von ihr als von einem Polizeispitzel sprach, dann war es nur natürlich, daß der Baron von Hellberg schleunigst die „Eiserne Krone“ verließ und als Dr. Heller hierher zurückkehrte, um ihr auch in dieser Maske seinen Born ins Gesicht zu schleudern und von einem unwürdigen Dienst zu reden.

War es denn aber wirklich möglich? Sie stöhnte in Scham, Born und Entsetzen auf. Das konnte ja doch ein Mensch nicht fertig bringen, das ging über Menschlichkeit hinaus.

Sie schüttelte über sich selbst den Kopf. Wo hing das Menschenmögliche an und wo hörte es auf? Zu diesem Doppelspiel war doch am Ende nichts weiter erforderlich, als eine Meisterschaft in der Maskerade und eine skrupellose Schauspieler- und Verstellungskunst.

Die Landesparlamente sind im wesentlichen die übrigen Paragraphen werden größtenteils in der Ausschussfassung angenommen. Träger der Staatsgewalt ist die Gesamtheit des Volkes. Alle über 20 Jahre alten deutschen reichsangehörigen Männer und Frauen die in Preußen ihren Wohnsitz haben, sind stimmberechtigt. Das Wahlrecht ist das gleiche wie im Reich. Das Wahlrecht der Soldaten ruht. Ein Antrag der Reichsversammlung auf Einführung eines Staatspräsidenten wird abgelehnt, desgleichen die sozialistischen Anträge auf Einführung nur zwei- bzw. dreijähriger Legislaturperiode des Landtags.

Es folgt die Beratung des Abschnittes über den Staatsrat.

Abg. Dr. Hochsch (Dnat.): Im Staatsrat muß eine wesentliche Rolle der Seite von Vertretern der Berufs-

weil er die Stellung Preußens möglichst wenig zu schwächen scheine.

Abg. Preuß (Dem.) bezeichnet es als das Entscheidende, daß die Grundlagen des Staatsrates demokratisch Natur sind. Es gebe keinen anderen Weg, Preußen so lange zu erhalten, als durch eine Dezentralisation, die das Mitreden und Mitwollen aller gestatte.

Staatssekretär Freund: Die Staatsregierung begrüßt den Staatsrat und wird freudig und ohne Mißtrauen die Mitarbeit der Provinzen aufnehmen.

Abg. Menckel-Stettin (Dnat.): Je einflussreicher das parlamentarische System auf die Geschichte des Staates einwirkt, desto notwendiger ist eine berufskundliche Erste Kammer. Auf dieser Grundlage muß der Staatsrat ruhen.

Abg. Dr. Lauscher (Str.): Wir Rheinländer stehen in der ganz überwiegenden Mehrheit zu unserem Vaterlande. (Stürmischer anhaltender Beifall.) Der Einfluß der Provinzen auf die Zentrale des Gesamtstaates muß im Interesse des Ganzen erweitert werden.

Abg. Dr. Leidig (D. Bp.): Das Opfer der Zerstückelung Preußens ist zur Aufrechterhaltung der deutschen Einheit nicht nötig. Ich bin ein Preuße, will ein Preuße sein. (Beif. Beifall rechts.)

Abg. Dr. Lauscher (Str.): Der Staatsrat gibt das Mittel, die Kräfte, die der preussische Staat zwischen dem Reich und den Provinzen bildet, immer schwächer werden zu lassen, bis die Provinzen ganz im Reich aufgehen. Preußen ist brüchig geworden. Das beweisen die Ablosungsbestrebungen. Wir müssen uns nach einer anderen politischen Form umsehen, damit Deutschland erhalten bleibt. (Beif. im Zentrum, Beif. rechts.)

Abg. v. Aries (Dnat.): Gewiß wollen wir Deutschlands Größe, aber die ist ohne Preußen unmöglich. Die Provinzialautonomie darf nicht übertrieben werden. Wir wollen Preußen aufrecht erhalten als Hort der Ordnung, als Rückgrat des ganzen deutschen Vaterlandes. (Stürmischer Beifall rechts.)

§ 24a, der die Bildung des Staatsrates vorsieht, wird schließlich unter Ablehnung der Abänderungsanträge angenommen.

§ 24b bestimmt die Zusammenfassung des Staatsrates aus Vertretern der Provinzen. Auf je 500 000 Einwohner entfällt je ein Vertreter. Jede Provinz entsendet mindestens drei Vertreter. Die Grenzmark Posen-Westpreußen gilt als Provinz. Der Paragraph wird nach längerer Debatte mit großer Mehrheit angenommen.

Das Haus erledigt noch eine Anzahl weiterer Paragraphen ohne Aussprache und vertagt dann die Weiterberatung auf Donnerstag, den 4. November.

— Berlin, 30. Oktober.

Die preussische Verfassung.

Das Parlament setzte am Sonnabend die zweite Beratung des Verfassungsentwurfes bei den Bestimmungen über den Staatsrat fort. Ueber diese Einrichtung entwickelte sich sofort eine längere Debatte.

Abg. Heilmann (Soz.) stimmt dem Staatsrat in der Form, die ihm die Vorlage zugeht, nur deshalb zu.

Landesparlamente werden. Wir beantragen, daß die Zahl 100 nicht übersteigt, und daß die Sitze auf Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe, Beamte, Kunst, Handwerk, Wissenschaft und freie Berufe verteilt wird.

Abg. Ludwig (Rechts-H. Soz.) lehnt den Staatsrat in jeder Form ab.

Abg. Dr. Leidig (D. Bp.): Nicht nur die Selbstverwaltungskörper, sondern auch die Organisationen kultureller und wirtschaftlicher Art müssen im Staatsrat vertreten sein.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 30. Oktober 1920.

Die Reichsregierung hat eine von dem Reichskohlenrat fast einstimmig anerkannte Kohlenpreiserhöhung mit Rücksicht auf die gesamten wirtschaftlichen Folgen abgelehnt.

Der Wiedergutmachungsausschuß hat entschieden, daß die in Memel registrierten Boote der Wiedergutmachungskommission überliefert werden müssen.

Zum japanischen Vizekonsul in Berlin ist der ehemalige japanische Gesandte in Schweden, Kiofi, ernannt worden.

Reichsregierung und Selbstverwaltungskörper. Der Kampf gegen die von dem bayerischen Forstrat begründete Selbstverwaltungskörper „Orgeß“, die in Bayern von Staatswegen ausdrücklich anerkannt, in Preußen dagegen offiziell verboten ist, wird in der letzten Zeit, besonders von sozialistischer Seite, mit äußerster Heftigkeit geführt. Die Reichsregierung hat sich in diesem Streit bisher vollkommen passiv verhalten. Auf eine Anfrage des sozialistischen Abg. Reil hat der Reichsminister des Innern Koch folgende Antwort erteilt: „Der Forstrat Escherich hat eine Unterstufung seiner Organisation weder von dem Reichswehrminister noch von mir erbeten; auch hat weder der Reichswehrminister noch ich eine solche zugesagt.“ Besondere Beachtung verdient die anerkennenden Worte, die der Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Stresemann bei seiner letzten Staatsrede für die Selbstverwaltungskörper ausgesprochen hat. Er stellte ausdrücklich fest, daß diese Organisation die Ordnung und Ruhe schätzen will und sich jeder Regierung zur Verfügung stellt, die den Bestand des Staates gegen Angriffe von rechts oder links schützt. Uebrigens habe das Gutachten des Reichsjustizministeriums entschieden, daß keinerlei rechtliche Handhaben für ein Einschreiten gegen die Organisation gegeben sind. Schließlich sei auf den bevorstehenden Zusammenschluß zwischen Bürgerräten und Orgeß hingewiesen. Die Anregung dazu ist, wie das „Berl. Tagebl.“ hört, von Bayern ausgegangen. Den formellen Antrag, diesen Zusammenschluß zu vollziehen, habe der Landeshauptmann Nordwestdeutschland gestellt. Die Entscheidung durch das Präsidium und den Präsidialrat des Reichsbürgerrates dürfte im positiven Sinne ausfallen. In Süddeutschland ist die Bewegung bereits weiter vorgeschritten. Im Groß-Hessischen Wirtschaftsband, der ebenfalls auf der Grundlage der Organisation Escherich steht, hat sich eine Reihe bürgerlicher und bäuerlicher Organisationen aus Hessen, Hessen-Nassau und Waldeck zusammengeschlossen.

Ein Untersuchungsausschuß für Hermes? Die Unabhängige Fraktion des Reichstages hat folgenden Antrag eingebracht: „Auf Grund des Artikels 34 der Reichsverfassung wird ein Untersuchungsausschuß eingesetzt, der die gegen den Reichsernährungsminister Hermes erhobenen Vorwürfe zu prüfen hat.“

Das Schicksal der deutschen Kriegsschiffe. Nach einer in der „Times“ veröffentlichten Liste über die Verteilung der abgegebenen deutschen Kriegsschiffe sind zu weiterer Verwendung nur abgegeben: sieben kleine Kreuzer „Königsberg“, „Regensburg“, „Stralsund“ und „Kolberg“ an Frankreich, „Pillau“, „Brandenburg“ und „Strasburg“ an Italien; zwölf große Torpedoboote: 9 an Frankreich, 3 an Italien und zwölf kleine Torpedoboote: je 6 an Brasilien und Polen. Der ganze gewaltige Rest ist zum Abbruch abzugeben, nämlich:

als Beweis nur die Herausgabe der Banknote da. Und über deren Erwerb hatte er sich bereits ausgewiesen. Klara Brandt erkannte, daß für sie der stärkste Verdachtsgrund in der Ähnlichkeit der Stimme bei der leidenschaftlichen Erregung des Barons und Hellers und in den gleichen Anschauungen und Aussprüchen lag. Diese ihre Vermutungen konnte aber der Baron verächtlich ablehnen und sie als exzentrische Phantasien bezeichnen. Und wenn der Baron und Dr. Heller einander nicht gegenübergestellt werden konnten, weil sie dieselbe Person waren, so war das noch kein direkter Schuldbeweis gegen den Baron. Was ging es ihn an, wenn der Dr. Bernhard Heller plötzlich nicht aufzufinden war. Denn daß Baron von Hellberg seinen Namen mit vollem Rechte führte, daran zweifelte Klara Brandt nicht einen Augenblick.

Sie wurde ruhiger. Sie fühlte, sie durfte keine Torheit begehen, und Torheit war es, wenn sie versuchte, die seelischen Eindrücke, die sie empfangen hatte, als Beweise für dies Doppelspiel auszugeben. Sie verhehlte sich nicht, daß das schwer und es nicht etwa damit getan sein würde, daß sie morgen früh Dr. Heller ihren Verdacht auf den Kopf zusagte. Sie riskierte dann nur, daß sie von ihm ausgelacht wurde. Der Baron von Hellberg war ja abgereist, wie sie selbst wußte, mochten sie ihn doch suchen. Und daß in der „Eisernen Krone“ niemand etwas gegen den Baron auszusagen würde, war selbstverständlich.

Es war also nicht leicht, einwandfreie Klarheit zu schaffen, und Klara Brandt hoffte beinahe, so schwach bleibt doch das Herz eines starken Mädchens, wenn es liebt, daß es ihr niemals gelingen möge. Sie wünschte, daß ihr Scharfsinn, der sie zu diesen entsetzlichen Schlüssen geführt hatte, sich als selbstquälerische Täuschung erweisen möge.

Als sie sich endlich zu Bett begeben hatte, lag sie noch lange mit offenen Augen da. Aber sie dachte und grübelte nicht mehr, die Kraft war vorbei. In bleiernem Schlaf lebte sie in den nächsten Morgen hinein. Sie erwachte erst, was ihr noch nie passiert war, als ihr Vater bereits von seinem Nachtdienst aus der Polizeidirektion nach Hause zurückgekehrt war.

(Fortsetzung folgt.)

Der 9. November in Sachsen. Der Beschluß des sächsischen Gesamtministeriums, den 9. November nach geistlichen Feiertag zu erheben, hat in-
terhalb des sächsischen Kabinetts zu ersten Schwierig-
keiten geführt. Da die demokratischen Minister gegen
den Beschluß nachdrücklich Verwahrung einlegten und
es von der Stellungnahme ihrer Fraktion abhängig
machten, ob sie weiter in der Regierung bleiben Kön-
nten, entstand vorübergehend eine Kabinettskri-
se. Die erst durch einen Beschluß der demokratischen Frak-
tion beseitigt wurde, der dahin ging, daß die Minister
von ihrem Rücktrittsabsichten absehen sollten. Die Frak-
tion beschloß, ihren ablehnenden Standpunkt in einer
parteiamtlichen Erklärung bekanntzugeben.

3. 2000, 2001, 2002, 2003, 2004, 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021, 2022, 2023, 2024, 2025, 2026, 2027, 2028, 2029, 2030, 2031, 2032, 2033, 2034, 2035, 2036, 2037, 2038, 2039, 2040, 2041, 2042, 2043, 2044, 2045, 2046, 2047, 2048, 2049, 2050, 2051, 2052, 2053, 2054, 2055, 2056, 2057, 2058, 2059, 2060, 2061, 2062, 2063, 2064, 2065, 2066, 2067, 2068, 2069, 2070, 2071, 2072, 2073, 2074, 2075, 2076, 2077, 2078, 2079, 2080, 2081, 2082, 2083, 2084, 2085, 2086, 2087, 2088, 2089, 2090, 2091, 2092, 2093, 2094, 2095, 2096, 2097, 2098, 2099, 2100, 2101, 2102, 2103, 2104, 2105, 2106, 2107, 2108, 2109, 2110, 2111, 2112, 2113, 2114, 2115, 2116, 2117, 2118, 2119, 2120, 2121, 2122, 2123, 2124, 2125, 2126, 2127, 2128, 2129, 2130, 2131, 2132, 2133, 2134, 2135, 2136, 2137, 2138, 2139, 2140, 2141, 2142, 2143, 2144, 2145, 2146, 2147, 2148, 2149, 2150, 2151, 2152, 2153, 2154, 2155, 2156, 2157, 2158, 2159, 2160, 2161, 2162, 2163, 2164, 2165, 2166, 2167, 2168, 2169, 2170, 2171, 2172, 2173, 2174, 2175, 2176, 2177, 2178, 2179, 2180, 2181, 2182, 2183, 2184, 2185, 2186, 2187, 2188, 2189, 2190, 2191, 2192, 2193, 2194, 2195, 2196, 2197, 2198, 2199, 2200, 2201, 2202, 2203, 2204, 2205, 2206, 2207, 2208, 2209, 2210, 2211, 2212, 2213, 2214, 2215, 2216, 2217, 2218, 2219, 2220, 2221, 2222, 2223, 2224, 2225, 2226, 2227, 2228, 2229, 2230, 2231, 2232, 2233, 2234, 2235, 2236, 2237, 2238, 2239, 2240, 2241, 2242, 2243, 2244, 2245, 2246, 2247, 2248, 2249, 2250, 2251, 2252, 2253, 2254, 2255, 2256, 2257, 2258, 2259, 2260, 2261, 2262, 2263, 2264, 2265, 2266, 2267, 2268, 2269, 2270, 2271, 2272, 2273, 2274, 2275, 2276, 2277, 2278, 2279, 2280, 2281, 2282, 2283, 2284, 2285, 2286, 2287, 2288, 2289, 2290, 2291, 2292, 2293, 2294, 2295, 2296, 2297, 2298, 2299, 2300, 2301, 2302, 2303, 2304, 2305, 2306, 2307, 2308, 2309, 2310, 2311, 2312, 2313, 2314, 2315, 2316, 2317, 2318, 2319, 2320, 2321, 2322, 2323, 2324, 2325, 2326, 2327, 2328, 2329, 2330, 2331, 2332, 2333, 2334, 2335, 2336, 2337, 2338, 2339, 2340, 2341, 2342, 2343, 2344, 2345, 2346, 2347, 2348, 2349, 2350, 2351, 2352, 2353, 2354, 2355, 2356, 2357, 2358, 2359, 2360, 2361, 2362, 2363, 2364, 2365, 2366, 2367, 2368, 2369, 2370, 2371, 2372, 2373, 2374, 2375, 2376, 2377, 2378, 2379, 2380, 2381, 2382, 2383, 2384, 2385, 2386, 2387, 2388, 2389, 2390, 2391, 2392, 2393, 2394, 2395, 2396, 2397, 2398, 2399, 2400, 2401, 2402, 2403, 2404, 2405, 2406, 2407, 2408, 2409, 2410, 2411, 2412, 2413, 2414, 2415, 2416, 2417, 2418, 2419, 2420, 2421, 2422, 2423, 2424, 2425, 2426, 2427, 2428, 2429, 2430, 2431, 2432, 2433, 2434, 2435, 2436, 2437, 2438, 2439, 2440, 2441, 2442, 2443, 2444, 2445, 2446, 2447, 2448, 2449, 2450, 2451, 2452, 2453, 2454, 2455, 2456, 2457, 2458, 2459, 2460, 2461, 2462, 2463, 2464, 2465, 2466, 2467, 2468, 2469, 2470, 2471, 2472, 2473, 2474, 2475, 2476, 2477, 2478, 2479, 2480, 2481, 2482, 2483, 2484, 2485, 2486, 2487, 2488, 2489, 2490, 2491, 2492, 2493, 2494, 2495, 2496, 2497, 2498, 2499, 2500, 2501, 2502, 2503, 2504, 2505, 2506, 2507, 2508, 2509, 2510, 2511, 2512, 2513, 2514, 2515, 2516, 2517, 2518, 2519, 2520, 2521, 2522, 2523, 2524, 2525, 2526, 2527, 2528, 2529, 2530, 2531, 2532, 2533, 2534, 2535, 2536, 2537, 2538, 2539, 2540, 2541, 2542, 2543, 2544, 2545, 2546, 2547, 2548, 2549, 2550, 2551, 2552, 2553, 2554, 2555, 2556, 2557, 2558, 2559, 2560, 2561, 2562, 2563, 2564, 2565, 2566, 2567, 2568, 2569, 2570, 2571, 2572, 2573, 2574, 2575, 2576, 2577, 2578, 2579, 2580, 2581, 2582, 2583, 2584, 2585, 2586, 2587, 2588, 2589, 2590, 2591, 2592, 2593, 2594, 2595, 2596, 2597, 2598, 2599, 2600, 2601, 2602, 2603, 2604, 2605, 2606, 2607, 2608, 2609, 2610, 2611, 2612, 2613, 2614, 2615, 2616, 2617, 2618, 2619, 2620, 2621, 2622, 2623, 2624, 2625, 2626, 2627, 2628, 2629, 2630, 2631, 2632, 2633, 2634, 2635, 2636, 2637, 2638, 2639, 2640, 2641, 2642, 2643, 2644, 2645, 2646, 2647, 2648, 2649, 2650, 2651, 2652, 2653, 2654, 2655, 2656, 2657, 2658, 2659, 2660, 2661, 2662, 2663, 2664, 2665, 2666, 2667, 2668, 2669, 2670, 2671, 2672, 2673, 2674, 2675, 2676, 2677, 2678, 2679, 2680, 2681,

Die hohe Geldstrafe für Spiritusdieber. Die untere Strafkammer verhandelte dem „B. L.“ zufolge wegen Verschlebung von 5000 Liter Spiritus, die auf dem Rittgerut Klauendorf vorgekommen waren, gegen sechs Angeklagte. Der Angeklagte Kaufmann Barczinski wurde zu einem Monat Gefängnis und 60 000 Mark Geldstrafe, der Gastwirt Schulz zu einem Monat Gefängnis und 40 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Drei weitere Angeklagte wurden zu Gefängnisstrafen von zwei Wochen bis zu einem Monat verurteilt. Einer der Angeklagten wurde freigesprochen.

Volkswirtschaftliches.

3. Berlin, 30. Oktober. (Börse.) An der Wochen-
Ausschreibung kennzeichnete sich die Grundstimmung als schwä-
cher. Die auslandigen Zahlungsmittel waren gegen gestern
etwas abgenommen. Dollars wurden bezahlt mit 75,60 Mark.
Die spanische Papiere in Gold stellten sich auf 310—315 Mark.
Peruanienanleihe mit 87,30 Prozent unverändert.

St. Berlin, 30. Oktober. (Viehmarkt.) Auftrieb auf
Magazinsvieh: 477 Jungvieh, 1260 Kühe, 211 Ochsen,
Bullen. Es notierten: Milch- und hochtragende Kühe:
3500-7000, 2. 4500-5500, 3. 3000-4550. Färjen:
40-6000. Zugochsen: 9000-12000 Mark per Stück. —
Vieh zur Mast 350-500 Mark per Zentner Lebend-
gewicht. Bullen zur Mast 10000-12000 Mark per Stück,
Schwäne 500-750 Mark pr. Zentner Lebendgewicht.

Eine rechtzeitige Fertigstellung der Zeitung ist nur möglich wenn die Inserate für die jeweilige einzelne Nummer frühzeitig genug in unserem Besitz (bereits den Tag zuvor) Besonders große Anzeigen! Mühsal schließt das nicht aus, daß kleine Inserate noch am Tage der Ausgabe der Zeitung, bis 9 Uhr noch angenommen werden. Eine Ausnahme machen Anzeigen, die wir in besonders dringenden Fällen noch am Mittag annehmen. Besonders möchten wir den Herren Bürgermeister auch hier dringend anlegen, die Bekanntmachungen soweit dieses möglich erst am Tage der Zeitungsausgabe um 10 Uhr ein und dann gleich wie dieses schon vorgekommen ist und mehr auf einmal, die bereits teilweisedatum um 8 Tage fertig auf dem Bürgermeister-Gelegen haben, zu schicken. Auch soeben kommt wieder die Tagesordnung der Gemeindevertreter, die bereits am Samstag den Herren Vertretern gestellt wurden und im zufolge doch mindestens am Montag in unserem Besitz sein können. Die Tagesordnung ist so umfangreich, daß wir aus oben genannten Gründen von einer Veröffentlichung absehen

Familienabend des Männergesang-
vereins. Die Mitglieder des hiesigen Männergesang-
vereins hatten sich am verflossenen Samstag Abend im

Der Allgem. Bürgerverein im Samstags Abend
der Allgem. Bürgerverein im Rathaus zum Lau-
eine ziemlich gut besuchte Mitgliederversammlung ab.
nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden gab Herr
Bierbrauer ein eingehendes Referat über die Ver-
änderung in der Gemeindevertretung. Einstimmig wurde
das Vorgehen unserer bürgerlichen em. Vertreter ge-
billigt und als vollständig korrekt anerkannt. Sodann
folgte die Berichtstattung über die Tätigkeit al-
tagsabgeordneter und Kreisdeputierter und die Auf-
gaben der Gemeinde und des Kreises durch Herrn Rigel.
Hedner behandelte das Thema sehr eingehend und
kam zu dem Resultat, daß an eine evtl. Eingemeindung
von Vororten gar nicht gedacht werden könne. Auch die
gemeindegeldigen Gemeinden Sonnenberg, Dörm-
bach, Bleibich haben sich nach Lage der Dinge anders
verhalten. So sei z. B. für Bleibich jetzt, wo der Posten der
Gemeindeverwalter vakant ist, die beste Zeit zu einer
Eingemeindung. Bleibich denke aber nicht daran und
daß diese beiden Posten demnächst wieder besetzt
werden würde berichtet, daß Ende 1918 am Landrats-
amt circa 200 Personen beschäftigt, und daß durch die
Landwirtschaft kein Defizit gemacht worden sei. Zu-
fassen im Kreishaufe noch 13 Beamte und 60 An-
gestellte. Der Etat ist insbesondere durch die wesent-
lichen Erhöhungen der Gehälter von 227000 Mk. in 1918
auf 700 000 Mk. emporgeschwollen. Um für dies-
jährigen Bedarf zu finden mußten durch den Kreis-
rat bewilligt werden: Grundsteuer, Kreissteuer,
Ertrag der Wirtschaftskonzessionssteuer, Kreissteuer,
Einkommensteuer, und Kreissteuer, Einkommensteuer. Während
dem Kriege nach politischem Parteigesichtspunkt die
Sozialdemokratie im Kreishaufe beinahe ausgeschaltet
war, setzt sich der Kreistag eben zusammen aus 14 bür-
gerlichen und 13 sozialdemokratischen Stimmen. Ins-
besondere ist die Volkswohlfahrtsfrage gegen früher in
den anderen Bayern gelöst. Vor 1914 wurden zur
Impfung der Tuberkulose 500 Mk. angewendet, heute
100 Mk. Es sind 2 besondere Kreisfürsorgereinen-
gestellt. Dem Kreise ist es gelungen ein eigenes Kinder-
heim in Niedernhausen mit vollständigem Inventar und
Morgen Garten für den billigen Preis von 150 000 Mk.
erworben. Monatlich können 50 Kinder dorten unter-
gebracht und gepflegt werden. Bis jetzt ist man mit di-
sem sehr zufrieden und ein günstiger gelegener
hätte man innerhalb unseres Kreises nicht erwerben
können. Gingen mußte auf das von Bleibich angebo-
tene Säuglingsheim aus verschiedenen Gründen verzichtet
werden. Die Anstellung eines Kreisarzt ist noch

* Schauturnen. Es war etwas ganz Heibortragend: das uns der hiesige Turn-Verein am Sonntag beim Schauturnen bot. Die alte deutsche Kraft ist noch des fünfjährigen Krieges noch ungebrochen, dies bewiesen uns unsere Turner am Sonntag. Wie werden in unserer nächsten Nummer ausführlich darauf zurückkommen.

Wetterbericht.

Bekanntmachungen.

Der Bürgermeister: J. B. Bierbrauer Beigeordneter.

Das eigene Interesse eines jeden Mieters
erheischt Mitglied des Mieterschutz-
Vereins Bierstadt zu sein.

P. G. B. Mittwoch, den 3. Novemb.
abends 8½ Uhr
Versammlung.
Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen bittet
Der Vorstand.



Turnverein Bierstadt
Eingetragener Verein.

Donnerstag, den 4. November 1920
abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr
Vorstandssitzung
Der Vorsitzende

Wiedereröffnung!

Wir haben unser Geschäft wieder eröffnet und führen wie früher nur altbewährte gute Qualitäten zu billigsten Preisen.

Neu aufgenommen: Herren-, Damen-, Kinderschuhe

Kaufhaus Gebrüder Abraham, Bierstadt.

Musik-Verein Bierstadt.

Samstag, den 6. November, abends 8 Uhr im

Saalbau „Zum Bären“

Konzert und Ball.

Wir laden hierzu alle Einwohner von Bierstadt und näheren Umgebung freundlichst ein.

Der Vorstand.

Vereins-Abzeichen

für alle Vereine pp. in jeder Ausführung

Eintritts-Karten und Garderobeblocks

Tombola-Lose

Abzeichen, unübertragbar in vielen Sorten lieferbar

Tanzboden-Wachs und Streupulver, Diplome, Girlanden, bengalische Flammen, Polonaise-Artikel in großer Auswahl. Saalpostkarten. Papier- u. Spielwaren.

Spezialhaus f. Vereins-u. Fest-Bedarf

Wiesbaden, Heilmundstrasse 48, Ecke Wellritzstrasse

Ihre Schuhe

werden wasserdicht durch einmal wöchentliches Einfetten mit meinem

Lederfett

(prima Ware) Dose 6,50 Mk

Ferner empfehle Wagenfett, Pfund 4.— Mk.

Drogerie Lehmann.

Fisch

mit Fischenplatte, wie neu zu verkaufen.

Bierstadt, Blumenstr. 13.

Chinesischen und russischen Thee

in Beuteln à 1.— und 2.— empfiehlt

Drogerie Lehmann.

Gut erhaltener, wenig gebrauchter

Kochofen

speziell für Bandwirte geeignet

billig zu verkaufen.

Karl Gehmach, Eisenhandlung, Bierstadt.

Gut erhaltener mittelgroßer

Kochherd

zu verkaufen.

August Frechenhäuser, Bierstadt, Dintergasse 14.

Gegen Umtausch

suche 2-Zimmer-Wohnung nach Wiesbaden.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle der Bierst. Zeitung.

Gelegenheitskauf!

Tuchstoffe

130 cm breit, geeignet für Mäntel und Kostüme

Mk. 68,—, 78,—, 88,— p. Meter.

Gebrüder Abraham

Bierstadt.

Schweine-rippchen

geräuchert, das Pfund zu 8,50 Mk.

Kakao mit Zucker,

das halbe Pfund zu 7,50 Mk.

sind wieder eingetroffen.

Ferner empfehle:

Margarine

allerfeinste Marke

in Pfundpaketen zu 14,50 Mk.

Raabe,

Bierstadter-Höhe 8.

Süßen Sie?

Stets vorrätig: Fenchelhonig —

Eucalyptus-Mentholbounon, Dec-

toralkartellen — Sodener, Emser-

Wiesbadener Kochbrunnen, Sal-

miakartell n, Ringgoldtabletten etc.

Drogerie Lehmann,

Wiesbadenerstr. 4. Fernspr. 3267.

Wollen Sie einen gesunden Tierbestand?

So gebrauchen Sie den Näh-

und Futterfakt Landmannsfrucht

Original, vorzüglich zur Mast u.

ein verbürgtes Stärkungsmittel

verhindert bei Schweinen den Rot-

lauf und schützt gegen Brände u.

Düsten. — Paket 1,20 Mk.

Drogerie Arthur Lehmann,

Bierstadt, Wiesbadenerstrasse 4,

Gde gegenüber der Post.

Telephon 3267.

Im Privat-

schlachten

empfiehlt sich

Heinrich Singer,

Bierst., Wiesbadstr. 13.

Rissige spröde Hände heilen über Nacht durch Einreibung mit chemisch reinem

— Glycerin —

Zur Hautpflege empfehle: Lanolin, Miavera-Creme,

„Creme Peltzer, Vaseline (Friedensqualitäten) „

Drogerie Arthur Lehmann

Wiesbadenerstrasse 4. Fernsprecher 3267.

Licht-, Kraft-, Pumpen-Anlagen

Spez.: Landwirtschaftliche Einrichtungen,

— Elektromotore — Transmissionen

Heinrich Brodt Söhne

Wiesbaden. Telefon 6576. Oranienstraße 24.

Schulranzen



Reisekoffer, Blusenköffer, Handtaschen, Portemonnaies, Rucksäcke, Hosenträger

Ausserst billige Preise.

A. Letschert

10 Faulbrunnenstrasse 10.

Trauringe

Dukatengold 900 gestempelt

18 kar. Gold 750

14 kar. Gold 585

8 kar. Gold 333 gestempelt von 30.— an.

Enorme Auswahl stets am Lager.

Bok, Kirdigasse 70

gegenüber Hauptbahnhof Wiesbaden.

BORMAß

billige

SERIEN-TAGE.

7⁵⁰

Beginn Montag,

15 Mk.

den 1. November

25 Mk.

Wir sind in der Lage seit Jahren wieder zum ersten Mal unsere früheren bekannt billigen Serien-Tage zu bringen. Wir bieten damit speziell für Weihnachtsgeschenke eine ausserordentlich günstige Kaufgelegenheit. Die Preise haben sich geändert, die Preiswürdigkeit ist geblieben.

Besuchen Sie in Ihrem eigenen Interesse unser Haus.

Warenhaus Julius Bormaß G. m. b. H., Wiesbaden.